

Zerfall der Staatsordnung im syrisch-irakischen Krisenbogen

Das Machtgefüge im Nahen und Mittleren Osten löst sich auf

Das Wüten der Terrormiliz IS hat nicht nur unmittelbar für die Zivilbevölkerung katastrophale Folgen, sondern bedroht auch längerfristig die staatliche Ordnung in der Region. Eine Friedenslösung muss an diesem Punkt ansetzen.

Martin Zapfe

Der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates (IS) im Nahen und Mittleren Osten steht für eine Evolution des islamistischen Terrorismus, aber auch für eine bedeutendere Dynamik: den drohenden Zusammenbruch der jahrzehntealten Ordnung in der Region. Nicht länger ringen nur Staaten um die Macht untereinander; auch das Konzept des Staates gerät als Strukturelement ins Wanken. Dies kann dramatische Folgen haben – aber auch den Boden für eine langfristige Friedenslösung bereiten. Ob sie westlichen Interessen entspreche, steht auf einem anderen Blatt.

Ableiten in die Instabilität

Im Nachhinein erscheint das Jahr 2011 in zweifacher Hinsicht als Schicksalsjahr. Zum einen zogen damals die letzten Truppen der USA aus dem Irak ab, und es begann der langsame Zerfall der mühsam gewonnenen Stabilität. Die schiitisch dominierte Regierung in Bagdad war bereits existenziell von Iran abhängig, und die sunnitische Bevölkerung fühlte sich zunehmend marginalisiert. Schon 2013 kamen fast 9000 Iraker bei Anschlägen und Angriffen ums Leben, und der IS bereitete den Boden für seine Rückkehr, bevor er im Januar 2014 offen die Kontrolle in sunnitischen Hochburgen des Landes übernahm.

Zum anderen begann der blutige Bürgerkrieg in Syrien, der nun bereits über 200 000 Tote gefordert hat. Mittlerweile sind nahezu alle Nachbarstaaten an den Kämpfen beteiligt. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Das Regime von Bashar al-Asad hätte sich ohne die Hilfe durch iranische Soldaten und den libanesischen Hizbullah kaum halten können. Asad gegenüber steht eine heterogene Opposition, deren moderate Elemente nach fast vier Jahren Krieg am Boden scheinen. Daneben treten die islamistischen Einheiten der Nusra-Front und des IS, deren Kampf sich sowohl gegen Asad als auch die restliche Opposition richtet. In beiden Ländern schliesslich gehen die USA, gemeinsam mit Verbündeten, gegen den IS vor – wenn auch das Schwergewicht ihrer Operationen im Irak liegt.

2015 sind Syrien und der Irak nun Schauplatz eines einzigen, grenzübergreifenden Krieges mit vielen unübersichtlichen Fronten, Akteuren und Kriegszielen. Zu Beginn der Präsidentschaft Barack Obamas bürgerte sich ein, Afghanistan und Pakistan als Schauplatz eines einzigen Konfliktes mit der Wortschöpfung «Afpak» zu bezeichnen. Analog hilft es zum Verständnis des Nahen und Mittleren Ostens, von einem Kriegsgebiet «Syrak» zu sprechen.

Erfolg der «Terrorwirtschaft»

Auf dem Gebiet von «Syrak» hat der IS im Juni 2014 medienwirksam sein Kalifat ausgerufen. Auch wenn dieses Kalifat bis jetzt nur rudimentär existiert, unter erheblichem Druck steht und womöglich seine grösste Ausdehnung bereits erreicht hat, steht es doch explizit für eine Herausforderung der bestehenden Ordnung. Doch diese geht weit über den IS hinaus.

In der gesamten Region bewegen sich Milizen beider grossen islamischen Konfessionen fast ungehindert über formale Staatsgrenzen. Hinzu kommt die weit grössere «Gegenbewegung» des

gewaltigen Flüchtlingsstroms aus Syrien in alle Nachbarländer, mit Ausnahme von Israel: Ende 2015 werden voraussichtlich über 4 der 22 Millionen Syrer ins Ausland geflüchtet sein und viele ohnehin unter erheblichen inneren Spannungen stehende Staaten – besonders Jordanien und Libanon, aber auch die Türkei – erheblich belasten. Hinzu kommt, wie so oft, die Frage des ökonomischen Profits. Mittlerweile hat sich in weiten Teilen des vom IS kontrollierten Gebietes eine «Terrorwirtschaft» etabliert, die sich staatlicher Kontrolle entzieht. Der IS, aber auch andere sunnitische und schiitische Milizen ähneln mehr und mehr privatwirtschaftlich agierenden Kriegsunternehmen, die aus Instabilität Profit schlagen.

Der Nahe und Mittlere Osten erlebt somit eine Schwächung von Staatsgrenzen und Staatsmacht. Die heutige Ordnung der Region beruht im Wesentlichen noch immer auf kolonialem Erbe, was vielen Menschen schmerzhaft bewusst ist und revisionistischen Kräften wie dem IS durchaus Legitimität verleiht. Mit dem staatlichen System bröckelt jedoch zum einen das Fundament vieler noch immer bestehender Friedensordnungen in der Region. Zum anderen erlaubt die internationale Politik selten ein Vakuum: Nicht nur der IS, auch weitere Gruppen werden die Schwäche der Staaten zu nutzen trachten. Es droht daher eine Phase jahrelanger Unsicherheit.

Ansätze eines Friedens

Angesichts dieses hochkomplexen Krieges ist ein umfassender Frieden in der Region nicht in Sicht. Doch so paradox dies zunächst scheint: Der Erfolg des IS könnte auch positive Folgen haben, führt er doch allen Beteiligten vor Augen, was auf dem Spiel steht, wenn sich die bisherige Ordnung weiter auflösen würde. Kein bedeutender Staat der Region kann daran ein Interesse haben, und hier öffnet sich die Möglichkeit eines künftigen Kompromisses.

Zwingend notwendig ist zunächst die Einbindung aller Nachbarn. Bisher wurde Iran weitgehend von den Friedensbemühungen ferngehalten. Gerade die Islamische Republik ist jedoch die mit Abstand wichtigste Partei; sowohl in Damaskus als auch in Bagdad hat Teheran in wichtigen Fragen das letzte Wort. Nur wenn ein Kompromiss zwischen den Interessen Irans, Saudi Arabiens und der Türkei gefunden werden könnte, wäre ein Frieden denkbar. Interessen des Westens, auch der USA, sind dabei letztlich nachrangig.

Schliesslich wird die Wiederherstellung der regionalen Ordnung als Basis einer Lösung dienen müssen. Hier liegt im Kern das gemeinsame Interesse aller bedeutenden Konfliktparteien. In einem Status quo ante würden der Irak und Syrien als leidlich funktionierende Staaten mit effektiven Grenzen bestehen, um revisionistischen Kräften wie dem IS einen Erfolg zu verwehren. Die Region sähe zwar weiterhin einen regionalen Machtkampf zwischen Staaten – aber eben nicht eine Auflösung des staatlichen Systems.

Daraus folgt die Erkenntnis, dass fast keine Partei als Verlierer aus dem Konflikt hervorgehen wird. Das gilt wohl auch für das Regime in Damaskus. Dessen zynischer Versuch, sich als logischer Partner des Westens gegenüber der Gefahr des IS zu präsentieren, könnte angesichts realpolitischer Zwänge erfolgreich sein. Der Erfolg des IS kann somit langfristig helfen, eine Basis für eine wenigstens begrenzt stabile Ordnung zu schaffen. Dies bedingt aber, dass der Westen die Grenzen seines Einflusses anerkennt – und bereit ist, Lösungen zu akzeptieren, die weit von seinen Wunschvorstellungen entfernt sind.